

Horst Zöller, Fraktion BAVC/HDE

„Karl Valentin hat es einmal so gesagt: „Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen.“ Aber zur Resolution möchte ich doch noch etwas sagen. Man könnte eine Überschrift bilden: „Griff des Ministeriums in die Kassenrücklagen/Quo vadis soziale Selbstverwaltung?“ Der Bundesgesundheitsminister plant, 8 Milliarden Euro aus den Rücklagen der GKV zu entnehmen. Der entsprechende Gesetzesentwurf ist eingereicht worden. Wir haben schon vielfach gehört, was wir dagegen unternehmen können. Aber, man muss immer wieder betonen, Haushaltsrechte sind die Königsrechte der Selbstverwaltung. Ist es politisch richtig, in dieses Hoheitsrecht der Selbstverwaltung durch gesetzliche Regelungen einzugreifen? Man sollte mal daran erinnern in wie vielen Sonntagsreden die Selbstverwaltung immer wieder gelobt wird. Immer wieder darauf hingewiesen wird, welches großartige Modell wir hier in der Bundesrepublik haben. Und jetzt wird es schrittweise kaputt gemacht. Das darf nicht sein. Wir sind der Ansicht, dass wir dies mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern müssen. Schließlich geht es hier um das Geld der Beitragszahler, das zur Stopfung von Haushaltslöchern verwandt werden soll. Wenn wir also bei der Sozialwahl 2023 noch einen Verwaltungsrat wählen wollen, der unseren Ansprüchen zumindest auf der noch heutigen Basis entsprechen soll, dann müssen wir jetzt handeln. Und zwar auf der politischen Ebene. Insofern werden wir als Arbeitgeber natürlich auch der heutigen Resolution des Verwaltungsrates zustimmen.

Lassen Sie mich aber zu einem Thema kommen, was mich persönlich auch sehr bewegt: „Arztbesuche unter Corona-Bedingungen“ Sie werden sich wahrscheinlich wundern, warum wir dieses Thema ansprechen. Aber die Unzufriedenheit unserer Versicherten mit den heutigen Bedingungen nimmt zu. Deshalb eine persönliche Betrachtung von meiner Seite, die keinen Anspruch darauf erhebt, repräsentativ zu sein. Anfänglich hielt ich einige Berichte für übertrieben, dass es ausufernde Wartezeiten – teilweise unter schlechten Bedingungen – gebe und zudem die Unterscheidung zwischen Privatpatienten und gesetzlich Versicherten deutlich gravierender geworden ist. Dazu will ich Ihnen zwei Beispiele schildern:

1. Arztbesuch bei einem HNO-Arzt: Praxis in der ersten Etage. Das Wartezimmer enthielt nur noch 6 Stühle, um den Abstand zu wahren. Es werden Termine vergeben, die aber trotzdem zu langen Wartezeiten führen. Die Patienten sitzen also – wegen Überfüllung des Wartezimmers – im Hausflur auf der Treppe und warten

zwischen 30 und 60 Minuten, während immer wieder Privatpatienten in die Praxis hinein- und schnell wieder hinausgehen.

2. Arztbesuch in einer Augenarztpraxis: Praxis im Erdgeschoss. Das Wartezimmer ist kleiner und enthält nur 4 Stühle aufgrund der Abstandsbedingungen. Die Patienten stehen also – wegen der Überfüllung des Wartezimmers – draußen vor der Türe bei 8 Grad, ältere Patienten sitzend auf ihren Rollatoren, und warten ca. 1,5 bis 1,75 Stunden, glücklicherweise an diesem Tag ohne Regen. Privatpatienten gingen schnell hinein und wieder nach der Behandlung schnell hinaus.

Und diese Beispiele treffen Patienten jeglichen Alters. Ich habe mit einigen von Ihnen gesprochen. Und was machen die? Die sagen, das habt Ihr als Krankenkassen ja alles schlecht geregelt. Da wird uns der schwarze Peter zugeschoben, obwohl wir für diese Bedingungen tatsächlich nichts können. Und ich denke, wir müssen – wenn ich auch noch nicht weiß, wie – an dieser Stelle handeln, denn diese Reaktion darf nicht sein. Wir bekommen nun die Herbsttage mit Regen, wir bekommen den Winter, vielleicht auch mal mit Schnee, wir haben Arzttermine morgens, ggf. auch bei Minusgraden. Wollen wir tatsächlich die alten Menschen auf ihren Rollatoren vor den Praxen sitzen sehen, in Regen oder Schnee, weil wir nicht in der Lage sind, dieses Problem zu lösen. Und die Privatpatienten gehen ein und aus und haben damit die viel, viel bessere Regelung. Ich denke, dass dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Wir müssen sehen, wie wir dies geregelt bekommen, und zwar bei denen, die dies verschulden.

Ein drittes Thema. Herr Schuman hat es bereits angesprochen. Das Papier der BDA. Ich bitte darum zu unterscheiden, es gibt Papiere von Arbeitgeberverbänden und es gibt inhaltliche Meinungen von Arbeitgebern. Das sind nicht immer die gleichen. Nicht immer sprechen die Verbände im Namen der Arbeitgeber. Es gibt viele Arbeitgeber, die sehr froh sind, wenn sie eine Hauskasse haben, die nicht eine Krankenkasse ist, die für alle Beschäftigten gleich ist. Mit der man vernünftige Regelungen treffen kann etc. Es gibt allerdings durchaus eine sehr negative Diskussion, wenn man sagt, ich möchte gerne jemand als Arbeitgeber gewinnen, das müssen Führungskräfte mit Arbeitgeberfunktion sein, und derjenige muss für jede Sitzung der Selbstverwaltung zwei Tage abwesend sein. Das ist schwierig, vor allem bei denjenigen, die noch etwas jünger sind, die sagen, ich kann nicht einfach zwei Tage aus dem Büro abwesend sein. Und es gibt natürlich auch immer eine Diskussion über die Parität. Ich will damit nur darauf hinweisen, es gibt einen Unterschied zwischen Verbandsmeinung und Arbeitgebern. Nicht alles, was die BDA veröffentlicht, ist auch Meinung der Arbeitgeber.

Zum Thema Corona ist viel gesagt worden. Ich habe ein wenig Angst davor, dass wir einen Überbietungswettbewerb bekommen. Frau Merkel sagt, dass wir bis Weihnachten ggf. 19 Tsd. Infektionen täglich bekommen, einen halben Tag später meint Herr Söder, dass es 20 Tsd. sein werden. Eine Konsequenz hieraus als Beispiel aus der Altenbegnungsstätte in Willich: die alten Menschen kommen dort nicht mehr zu den Veranstaltungen, weil sie Angst haben, sich noch aus ihren Wohnungen herauszubewegen. Für viele allein Lebenden war das das Einzige in der Woche, einmal mit Anderen in einem großen Saal zusammenzukommen und sich auszutauschen. Das ist für die älteren Menschen wichtig. Wir müssen alle sehen, wie wir durch diese Pandemie kommen, aber es darf auch nicht zu diesem Überbietungswettbewerb und zu einer Angstentwicklung kommen.

Wir als Arbeitgeber sind froh darüber, wie die Verwaltung und vor allem auch das Selbstverwaltungsbüro mit wirklich viel Aufwand diese Präsenzsitzung ermöglicht hat. Das ist nicht so einfach, dies alles vorzubereiten, mit Stellproben etc. Vielen Dank dafür.“